

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

im Mittelpunkt dieser Ausgabe stehen die Ergebnisse der Beratungen zum Doppelhaushalt 2007/2008. Die SPD konnte dabei zahlreiche Erfolge im Interesse der Karlsruher Bürgerinnen und Bürger erzielen. Darüber hinaus informieren wir Sie über die Arbeit des Gemeinderats, unsere Fraktionsarbeit sowie über aktuelle Themen.

Für weitere Informationen über die Arbeit der SPD-Fraktion und die Zusendung bisheriger Ausgaben des SPD-Reports wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle. Den Report finden Sie auch auf unserer Homepage. Stellvertretend für die SPD-Fraktion wünschen wir Ihnen eine schöne Sommerzeit!



Doris Baitinger  
Fraktionsvorsitzende



Dr. Florian Furtak  
Fraktionsgeschäftsführer

Satz&Gestaltung: Fraktionsgeschäftsstelle/Druck auf Recyclingpapier: Bürker GmbH, Karlsruhe/Auflage: 1.500

## SPD erfolgreich bei Haushaltsberatungen



Auf der Klausurtagung im März in der Begegnungsstätte Grötzingen (siehe Bild) hatte die SPD-Fraktion 66 Anträge zum Doppelhaushalt 2007/2008 erarbeitet. Zu den Haushaltsberatungen am

15./16. Mai 2007 lagen dann insgesamt 307 Anträge vor. Der Schwerpunkt der SPD-Haushaltsanträge lag in den Bereichen Schulen und Soziales. „Denn Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft für die jüngere Generation und den schwächeren Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine Perspektive zu geben und sie am Leben teil haben zu lassen, ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft von großer Bedeutung“, so Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger bereits in ihrer Haushaltsrede am 17. April. Das Gesamtvolumen der 66 Anträge belief sich auf rund 14 Mio. Euro, wobei allein 7 Mio. Euro auf dringende Sanierungsmaßnahmen in 14 Karlsruher Schulen (siehe SPD-Report 1/2007) und 2,5 Mio. Euro auf soziale Belange entfielen. Rund 1,2 Mio. Euro sollten nach Willen der SPD zusätzlich für kulturelle Zwecke ausgegeben werden.

Mit den Ergebnissen der zweitägigen Haushaltsberatungen ist die SPD-Fraktion sehr zufrieden. Denn 41 der 66 gestellten Anträge sind im vollem Umfang erfolgreich gewesen. 14 weiteren Anträgen wurde modifiziert zugestimmt; lediglich 11 Anträge fanden keine Mehrheit. **Damit haben weit über drei Viertel der SPD-Anträge Eingang in den Doppelhaushalt 2007/2008 gefunden.**

Dem Schwerpunkt der SPD für den Haushalt, den Bereichen Schulen und Soziales, wurde damit fast vollständig entsprochen.

Besonders erfreut zeigt sich die SPD-Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger darüber, dass es gelungen ist, 11 der von der SPD beantragten 14 Sanierungsmaßnahmen an Karlsruher Schulen durchzubringen: „Damit wird ein Teil des großen Sanierungsstaus abgearbeitet und die Lernbedingungen für die Karlsruher Schülerinnen und Schüler werden stark verbessert. Dass die CDU-Fraktion bis auf zwei Ausnahmen alle Schul-sanierungsanträge abgelehnt hat, können wir nicht verstehen. Augenscheinlich ist der CDU das von Finanzbürgermeisterin Mergen ausgegebene Spardiktat wichtiger als die sogar von der Verwaltung festgestellte Dringlichkeit der Schulsanierungsmaßnahmen.“

Im Sozialbereich besonders erfreulich ist für die SPD die erfolgreiche Einstellung von 145.000 Euro für den Tagestreff für Frauen, die Fortführung der Straßensozialarbeit in der Südstadt, die Personalaufstockung beim Sozialen Dienst, insbesondere für Präventionsmaßnahmen bei Kindeswohlgefährdung, und die zusätzlichen Stellen für die Schulsozialarbeit.

Auch die von der SPD beantragten Zuschusserhöhungen für kulturelle Vereine fanden Erfolg. So zum Beispiel die Erhöhung der Zuschüsse an das marotte-Figurentheater und an das Theater in der Orgelfabrik. Als Wermutstropfen bleiben die Ablehnung der Sanierung der von der AWO betriebenen Stadtranderholungsstätte Spielberg sowie die Ablehnung der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses in Grötzingen.

## Ergebnisse der Haushaltsberatungen

In der folgenden Übersicht finden Sie eine Auswahl der 66 SPD-Anträge, die in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2007/2008 eine Mehrheit gefunden haben:

Thema/Empfänger	Antragsinhalt
<b>SOZIALES</b>	
Deutscher Kinderschutzbund	Erhöhung des Zuschusses um jährlich 15.000 €
Frauenhaus Karlsruhe	Zuschusserhöhung um 15.000 € jährlich zur Deckung des lf. Betriebs und 6000 € für zusätzliche Personalkostenkosten für Mitarbeit in Clearingstelle
Arbeitsloseninitiative IKARUS	Zuschusserhöhung um jährlich 4.000 €
Verein für Jugendhilfe	Zusätzliche Mittel für die Weiterführung der Beratungsstelle bei Gewalt im sozialen Nahraum und der Anti-Gewalt Trainingskurse in Höhe von 12.000 €
Diakonisches Werk	1. Zuschuss für Kindergruppe Regenbogen i.H.v. 15.000 € jährlich 2. Fortführung Straßensozialarbeit in 2008 mit 60.000 € 3. Zuschusses f. Hausaufgabenbetreuung Rintheimer Feld mit 10.000 € jährlich
SOZPÄDAL	Fortführung Finanzierung Tagestreff für Frauen in 2008 in Höhe von 145.000 €
Stadtjugendausschuss	30.000 € für Projekte zur „Gewaltprävention an Schulen“
Seniorenbüro Durlach	Förderung für das Projekt „Senioren-Computerclub“ durch Übernahme der Mietkosten in Höhe von 7.800 € jährlich
Hagsfelder Werkstätten	Investitionszuschuss für den Umbau des Wohnheims Gerwigstr. 44 i. H. v. 90.000 € bei Gesamtkosten von 181. 000 €.
<b>KULTUR</b>	
Thidor Theater in der Orgelfabrik	Zuschusserhöhung um 10.000 € jährlich
marotte-Figurentheater	Zuschusserhöhung für Halbtagesstelle um 15.000 € jährlich
Kulturhaus Mikado	Aufnahme in die institutionelle Kulturförderung mit 12.000 € jährlich
Substage:	Baukostenzuschuss für die Verlagerung auf das Schlachthofgelände: 500.000 € in 2008
<b>UMWELT</b>	
Umweltzentrum/Buzo	Zuschusserhöhung von 9.100 auf 14.000 € jährlich
<b>SPORT</b>	
Sportkreis Karlsruhe	Förderung der Initiative „In Schwung Karlsruhe“ mit 20.000 € jährlich
<b>VERSCHIEDENES</b>	
Deutsche Verkehrswacht	Investitionszuschuss für Sanierung Jugendverkehrsschule Engländerplatz i.H.v. 869.000 €
Karlsruher Messe- und Kongress-Gesellschaft	Technik-Renovierungen in der Stadthalle i. H. v. 1,17 Mio. €

## Die Wirtschafts- und Finanzsituation Karlsruhes

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands und mit ihr die Steuereinnahmen entwickeln sich derzeit glänzend. Das Haushaltsdefizit des Bundes und der öffentlichen Haushalte sinkt deutlich. Der Deutsche Städtetag stellt fest: „Erstmals seit dem Jahr 2000 verzeichneten die Kommunen im Jahr 2006 kein Jahresdefizit zwischen Einnahmen und Ausgaben. Der Finanzierungssaldo ist positiv, die Einnahmen der Gesamtheit der Kommunen lag um 1,75 Milliarden Euro über den Ausgaben.“

Und in Karlsruhe? Weder 2005 noch 2006 musste die Verschuldung wieder angezogen werden, wie Befürchtungen voraussagten. Im Gegenteil, in beiden Jahren wurde sie zurückgeführt auf 727 € je Einwohner Ende 2006.

Aber nicht nur die Schulden sanken, auch die Rücklagen nahmen in den letzten beiden Jahren nicht ab, sondern zu. Für 2005 ist dies durch das Rechnungsergebnis gesichert, für 2006 heißt es im Vorbericht des Haushaltsplanentwurfs, dass „auf die vorgesehene Entnahme weitestgehend verzichtet werden kann“, so dass also der Stand Ende 2005 gehalten wird, das sind immerhin Rücklagen von 94 Millionen Euro. Schließlich werden nach den Rekorderlösen 2006 bei der Gewerbesteuer von 287 Millionen Euro im Haushaltsansatz für das Gewerbesteueraufkommen der Haushaltsjahre 2007 und 2008 jeweils 255 Millionen Euro veranschlagt. Informationen aus dem Rathaus zufolge, werden diese hohe Ansätze auch eingehalten werden können. Im Ergebnis: Karlsruhe geht es nach wie vor wirtschaftlich gut.

## SPD steht zu freiwilligen Leistungen

Die CDU, die nicht sehr glücklich über den Ausgang der Haushaltsberatungen war (bei vielen Anträgen wurde sie überstimmt), will sich offensichtlich erneut an eine Kürzung der freiwilligen Leistungen an die Vereine und Verbände machen. Anders ist es nicht zu erklären, warum ihr Vorsitzender in der Gemeinderatssitzung am 23. Mai, als es um die Beschlussfassung über die Haushaltsatzung ging, mit starken Worten die Berechtigung mancher Institutionen für einen Zuschuss der Stadt in Zweifel gezogen hat (siehe Kasten).

**Für die SPD kommt eine Kürzung der freiwilligen Leistungen in den kommenden Haushalten nicht in Frage.** Zuletzt hatte sie im Doppelhaushalt 2005/2006 zusammen mit den Grünen und der KAL durchgesetzt, dass die 2004 von CDU und FDP beschlossenen Kürzungen bei den Sozialverbänden um 10 Prozent rückgängig gemacht werden. Die SPD hat ein anderes Verständnis vom Sinn und Zweck der freiwilligen Leistungen als die CDU. Es geht nicht in erster Linie darum, bedürftigen Institutionen zu helfen, sondern vielmehr darum, die Institutionen in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit zum Wohle von vielen Bürgerinnen und Bürgern sei es im Sozialbereich, in der Kultur oder im Sport zu

leisten und dauerhaft aufrechtzuerhalten. Wollte die Stadt die vielen Aufgaben selbst übernehmen, müsste sie ein vielfaches an Finanzmitteln aufbringen.

### CDU: Freiwillige Leistungen überprüfen!

„Bisweilen konnte man den Eindruck gewinnen, dass es einfach ausreicht zu sagen, wir hätten auch ganz gerne noch etwas von dem Kuchen der Stadt, und schon kommt dieser Kuchen zur Verteilung, ohne letztendlich zu prüfen, ob Bedürftigkeit bei demjenigen besteht oder ob nicht nur der Wunsch, auch teilzuhaben im Sinne eines Mitnahmeeffektes dahinter steckt.“

Es geht darum, ob wir gerade die Frage der Freiwilligen Leistungen uns vornehmen und auf das Grundprinzip besinnen, dass nämlich diese Leistungen für bedürftige Institutionen dazu dienen soll, es ihnen leichter zu machen. Leistungen sollten nicht nur deshalb erfolgen, weil vielleicht ein paar freundliche Kontakte bestehen, um Gelder ohne zu hinterfragen zu verteilen.“

Auszug aus der Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden W. Jäger zu TOP 1 der Gemeinderatssitzung am 23. Mai 2007

## SPD-Erfolg: Große Mehrheit für Buga-Bewerbung

Am 22. April hat sich eine große Mehrheit des Gemeinderats für die Bewerbung Karlsruhes um die Bundesgartenschau 2015 ausgesprochen.



Lediglich die CDU hat, wie schon 2003, mit Nein gestimmt. Erfreulich war, dass OB Fenrich in letzter Sekunde

auf den Zug der Befürworter aufgesprungen ist. Offensichtlich hat er erkannt, dass eine Bewerbung ohne Unterstützung des Stadtoberhauptes kaum Chancen hätte.

Dass es überhaupt zu einer positiven Entscheidung über die Bewerbung hat kommen können, ist der Initiative der SPD zu verdanken, die im Dezember letzten Jahres nach dem Rückzug von Osnabrück beantragt hatte, erneut eine Bewerbung Karlsruhes für 2015 zu prüfen. Die SPD hat sich für die Buga ausgesprochen, weil sie als Instrument der langfristigen Stadt- und Freiflächenentwicklung eine nachhaltige Investition in die Zukunft darstellt, allen Bevölkerungsschichten zu Gute kommt und die Durchgrünung der Stadt und damit auch das Klima verbessert. Darüber hinaus erhöht sie die Attraktivität und das Image Karlsruhes. Schließlich ist eine moderne, zeitgemäße Buga ein von der Mehrheit der Karlsruher gewünschtes Geschenk für das 300-jährige Stadtjubiläum.

Das Horrorszenario einer massiven Verschuldung Karlsruhe, welches durch Finanzbürgermeisterin Mergen und

die CDU gemalt wurde, konnte die SPD zurückweisen: Denn die eigentlich relevanten Zahlen, nämlich welche Kosten durch die Buga zusätzlich auf die Stadt bis 2015 zukommen, wurden nicht errechnet. Die SPD verweist darauf, dass bei einer seriösen Berechnung der Bugakosten (69. Mio. Minimalvariante, 99. Mio. Euro Maximalvariante) berücksichtigt sein müsse, dass wesentliche Teile der Buga, wie der Ostaupark und der Landschaftspark Rhein ohnehin im Zuge des Masterplans 2015 realisiert werden und daher nicht angerechnet werden dürfen. Geht man davon aus, dass bis 2015 ungefähr die Hälfte der 69 bzw. 99 Mio. Euro sowieso durch die Beschlüsse des Masterplans in den entsprechenden Haushalten zu veranschlagen gewesen wäre, dann ist die restliche Hälfte von ca. 35 bzw. 50 Mio. Euro faktisch der Betrag der zusätzlich entsteht in diesem Zeitraum.

Im übrigen lässt sich die finanzielle Belastung der Stadt bis 2015 dadurch zurückfahren, dass weniger wichtige Projekte, die im Masterplan enthalten sind, entweder komplett gestrichen oder zumindest auf die Zeit nach 2015 verschoben werden. Auch könnten ohnehin für den Stadtgeburtstag eingeplante Events für die Buga gestrichen und damit Geld eingespart werden. Schließlich muss berücksichtigt werden, dass die Besucher der Gartenschau nicht unerhebliche Umsätze für das örtliche Gewerbe bringen.



## VERSCHIEDENES

### ■ SPD-Umweltform erfolgreich

Das 1. Umweltpolitische Forum der SPD-Fraktion am 26. März war eine erfolgreiche Veranstaltung. Insgesamt 17 Vertreter der Karlsruher Umwelt- und Naturschutzverbände waren der Einladung der SPD gefolgt und diskutierten zwei Stunden lang mit den Stadträtinnen und Stadträten engagiert über wichtige Karlsruher Projekte.

Übereinstimmung gab es in vielen Bereichen, so z.B. in der Forderung nach einem Flächenmanagement mit einer Kategorisierung der Brachenflächen, der weiteren Stärkung des ÖPNV und des Radverkehrs, einer Verringerung der Feinstaubbelastung sowie einem Ausbau der regenerativen Energien. Einer Meinung waren ebenfalls alle Anwesenden beim Thema "Untere Hub": Sie muss als Freiluftschneise erhalten bleiben und darf deshalb nicht bebaut werden, auch wenn solche großen Firmen wie Ikea Interesse zeigen.

Natürlich wurden auch einige kontroverse Themen angesprochen, wie z.B. die Erweiterung des Rheinhardtdampfkraftwerks durch die EnBW im Rheinhafen, der Bau einer neuen Verbrennungsanlage bei der SoraEnso sowie der Bau eines Golfplatzes in Hohenwettersbach.

### ■ „SchuB“ für Karlsruhe

Ein Schulabschluss ist heute eine zwingende Voraussetzung dafür, dass Jugendliche eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Um Schulabbrüche frühzeitig zu verhindern, ist in mehreren Bundesländern (Hessen, Hamburg, Berlin) ein Modellprojekt „SchuB“ (Schule und Betrieb) zur besseren Verzahnung von Schulen und Betrieben erfolgreich ins Leben gerufen und umgesetzt worden. Kernstück dieser Modelle ist, dass die Schülerinnen und Schüler an drei Tagen pro Woche am regulären Schulunterricht teilnehmen, an den anderen beiden Wochentagen lernen die Jugendlichen in Betrieben. Diese Kombination aus theoretischer Unterweisung und praktischer Tätigkeit motiviert die Jugendlichen und steigert ihre Lernlust, fördert praktische Begabungen und Fähigkeiten, hilft bei der Berufsfindung und schafft Kontakte und Vertrauen zwischen den Jugendlichen und den Betrieben.

Die SPD hat in einem Antrag gefordert, dass in Karlsruhe – in Anbetracht von jährlich über 100 Jugendlichen ohne Schulabschluss – ein vergleichbares Modellprojekt „SchuB“ gestartet wird. Die Verwaltung wurde aufgefordert, interessierte Schulen und Betriebe zu finden, Kontakte zu organisieren sowie die erforderliche Zustimmung des zuständigen Ministeriums für ein Modellprojekt in Karlsruhe einzuholen.

### ■ Schülerhort Scheffelstraße wird saniert

Auf unser Schreiben zur Sanierung des Schülerhorts Scheffelstraße (siehe Ausgabe 1/2007) hat OB Fenrich zugesagt, dass verschiedene der von uns geforderten Maßnahmen bis zum Herbst 2007 durchgeführt werden. Wie angekündigt, werden wir Ende 2007 erneut zu einem Vor-Ort-Termin in den Schülerhort gehen, um uns über dessen Zustand zu informieren.

### ■ „Experimenta“ als Dauerausstellung

Sowohl 2006 als auch 2007 war die Resonanz auf die Wanderausstellung "Experimenta - Physik für die Sinne" im Regierungspräsidium am Rondellplatz mit jeweils über 20.000 Besucher ganz hervorragend. Die "Experimenta" versteht sich als beispielhaftes Projekt und Baustein der landsweiten Bemühungen, das Interesse an naturwissenschaftlichen Phänomenen bei Kindern und Jugendlichen möglichst frühzeitig zu fördern und zu stärken. Durch forschendes Erkunden und Experimentieren sollen Neugier und Interesse für grundlegende Fragen der Physik geweckt werden. In 2006 musste an 300 Schulen und Kindergärten, in 2007 sogar an 600 Schulen und Kindergärten Absagen erteilt werden, da die personellen und räumlichen Kapazitäten nicht ausreichten. In einem Antrag hatte die SPD deshalb gefordert zu prüfen, ob eine Karlsruher Experimenta als Dauerausstellung möglich ist. Die Antwort der Verwaltung war positiv: Auch sie sieht den Bedarf für eine Dauerausstellung. Für die Erarbeitung eines Konzepts ist die Zusammenarbeit mit Museen, Uni, FH, PH, ZKM und HFG zugesagt.

### ■ SPD will „Das Fest“ dauerhaft sichern

Die SPD will an der Großveranstaltung „Das Fest“ festhalten – und zwar in seiner jetzigen Art- und Weise und am jetzigen Ort in der Günther-Klotz-Anlage. Für die SPD ist es dabei sehr wichtig, dass der Charakter eines Familienfestes nicht angetastet wird und es zu keiner Kommerzialisierung kommt. Damit erteilt die SPD den Vorstellungen von Finanzbürgermeisterin Mergen eine klare Absage, die Eintrittsgeld für die Veranstaltung ins Spiel gebracht hat.

Von den vier möglichen Varianten zur Weiterführung des Festes spricht sich die SPD eindeutig für diejenige Variante aus, welche die Gründung einer GmbH durch den Stadtjugendausschuss sowie einen städtischen Zuschuss vorsieht. Mit dieser Lösung könnte „Das Fest“ dauerhaft gesichert werden.

### ■ Umbau Kanalweg wird vorgezogen

Wie in der letzten Ausgabe bereits angekündigt, hat die SPD für die Haushaltsberatungen beantragt, Mittel für den Umbau des Kanalwegs nicht erst 2008, sondern bereits 2007 in den Haushalt einzustellen, damit die rund 200 Schulkinder einen sicheren Fußgängerüberweg haben. Die Verwaltung hat diesem Antrag in ihrer Antwort entsprochen!

### ■ SPD unterstützt Deneckens Wiederwahl

In der Gemeinderatssitzung am 17. Juli wird darüber entschieden, ob Harald Denecken seine erfolgreiche Tätigkeit als Bürgermeister für Soziales, Schulen, Sport, Senioren und Integration weiterführen kann. Die SPD-Fraktion steht geschlossen hinter dem in der Bevölkerung sehr beliebten Bürgermeister Harald Denecken und hofft auf eine breite Unterstützung für seine Wiederwahl im Gemeinderat.

